



Sitzung vom

10. Dezember 2024

Mitgeteilt den

11. Dezember 2024

Protokoll Nr.

952/2024

H29 Berninastrasse

Strassenkorrektur Montebello – Bernina Suot

inklusive Revitalisierungsprojekt Ova da Bernina

und Projekt der Gemeinde Pontresina (Inszenierung Montebellokurve)

Projektgenehmigung

I. Sachverhalt

A. Projektbeschreibung

1. Strassenkorrektur und Gemeindeprojekt

1.1 Die Berninastrasse ist Bestandteil des kantonalen Hauptstrassennetzes und der einzige Zugang auf Schweizer Staatsgebiet zur italienischsprachigen Valposchiavo. Die Hauptstrasse hat eine hohe Bedeutung für den Tourismus, den Gütertransport sowie den Grenzgängerverkehr und stellt damit eine wichtige Nord-Süd-Verbindung vom Oberengadin nach Italien dar. Die Strecke zwischen Morteratsch und Poschiavo wurde Anfang der 70er Jahre auf eine Fahrbahnbreite von 6.00 m realisiert. Seither wurden lediglich Unterhaltsarbeiten ausgeführt. Auf dem Abschnitt Montebello – Bernina Suot entspricht die Berninastrasse nicht mehr dem heutigen Standard.

1.2 Die projektierte Strasse verläuft im Bereich der bestehenden Kantonsstrasse. Der Projektperimeter beginnt bei der oberen Kehre der Montebellokurve (km 8.20) und endet beim Linksabbieger Bernina Suot (km 10.80). Der Strassenquerschnitt wird auf den Regelquerschnitt Hauptstrassen, Typ 7.00 m plus je 1.00 m seitliche Hindernisfreiheit, verbreitert. Im steileren unteren Abschnitt von Montebello bis Plattas ist auf der Bergspur ein seitlicher Radstreifen von 1.50 m angeordnet. Die angrenzende Fahrspur wird auf diesem Abschnitt auf 3.0 m reduziert, die seitliche Hindernisfreiheit auf 80 cm.

Das praktisch durchgehend bergseitig liegende Trasse der RhB gibt vor, dass die Fahrbahnverbreiterung durchwegs talseitig erfolgt. Praktisch auf der ganzen Länge können diese Verbreiterungen mit Schüttungen erreicht werden. Die neuen Wührsteine von Plattas bis Bernina Suot dienen dem Schutz der Böschungen, sind aber mit Aushubmaterial überdeckt und nicht als durchlaufende Hartverbauung erkennbar.

Mit dem Bauvorhaben werden verkehrs- und sicherheitstechnische Bedingungen geschaffen, welche dem aktuellen Standard für Hauptstrassen im Kanton Graubünden entsprechen. Die Betriebssicherheit und Gebrauchstauglichkeit der Strassenanlage wird erhöht. Durch die Erneuerung der Strasse erfahren die Umwelteinflüsse positive Auswirkungen, insbesondere durch die Ableitung des Strassenabwassers über zentrale Schlammsammler. Mit der Verbreiterung in Form von Böschungen wird sich die Strassenanlage weiterhin gut in die Landschaft einfügen.

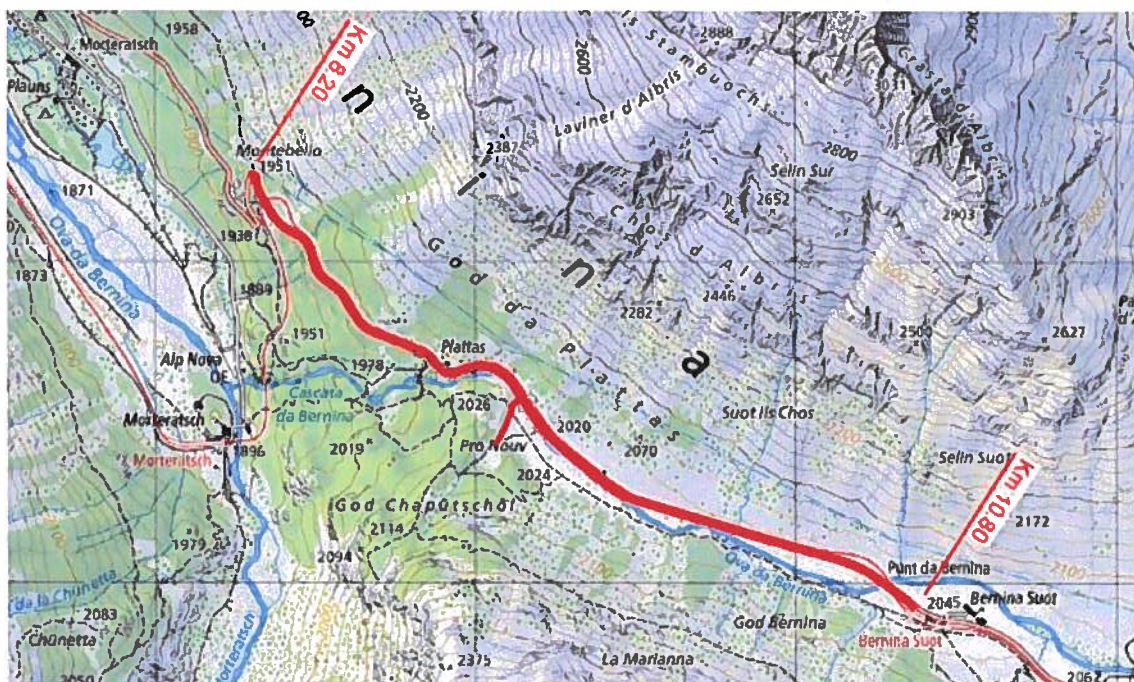


Abb. 1: Projektperimeter Strassenkorrektur Berninastrasse, km 8.20 – km 10.80

- 1.3 Beim Bahnübergang ist das kommunale Projekt "Inszenierung Montebel-lokurve" ins Strassenbauprojekt integriert. Die Gemeinde Pontresina vergrössert den heutigen Kiesplatz dezent zu einem attraktiven Aussichtspunkt. Der Aussichtspunkt ist insbesondere für touristische Zwecke bestimmt und abgestimmt auf die Linienführung der RhB (UNESCO Welterbe «Rhätische Bahn in

1.4 Im Projektperimeter befinden sich Werkleitungen der Swisscom (Schweiz) AG und der Repower AG. Die Werkleitungsbedürfnisse werden mit den beiden Leitungseigentümern im Rahmen des Ausführungsprojekts koordiniert. Die Kostenfolge richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

2.1 Durch das Strassenprojekt werden teilweise Lebensräume beansprucht, welche gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz schutzwürdig und somit bei Beanspruchung ersatzpflichtig sind. So tangiert der Strassenausbau im Bereich von Profil 500.000 bis Profil 650.000 und von Profil 850.000 bis Profil 1350.000 den heutigen Gerinneverlauf der Ova da Bernina und deren Gewässerraum stark. Als Ersatzmassnahme wird daher das heutige Gerinne der Ova da Bernina in den genannten Abschnitten seitlich verschoben werden.

Neben der Gerinneverschiebung in den genannten Abschnitten soll die Ova da Bernina zwischen Plattas und Bernina Suot über eine Länge von 1465 m vollkommen revitalisiert und dem Gewässer neu die gesamte notwendige Breite zur dynamischen Entwicklung zugestanden werden. Hierzu wird das Gerinne

über längere Abschnitte maschinell aufgeweitet und initial eine verzweigte Flussmorphologie gestaltet. Alle bestehenden, nicht notwendigen Uferverbauungen werden rückgebaut, damit sich das Gewässer innerhalb des Gewässerraums dynamisch entwickeln kann. Der bestehende Wander- und Radweg sowie alle bestehenden Werkleitungen werden rückgebaut bzw. aus dem Gewässerraum verlegt.

Der Projektperimeter des Revitalisierungsprojekts Ova da Bernina befindet sich zwischen der Kantonsstrassenbrücke Punt da Bernina bei Bernina Suot und der Wasserfassung des Kraftwerks Morteratsch der Repower AG bei Plattas. Er kann grundsätzlich in zwei Teilgebiete aufgeteilt werden, in Teil 1 (God Bernina) Profil 50.000 bis Profil 650.000 und Teil 2 (Pro Nouv) Profil 850.000 bis 1350.000. Dazwischen liegt eine natürliche Steilstrecke, welche die beiden Gerinneabschnitte räumlich und morphologisch voneinander trennt. Die nachfolgende Abbildung zeigt eine Übersicht des Projektperimeters sowie der beiden Teilbereiche auf.

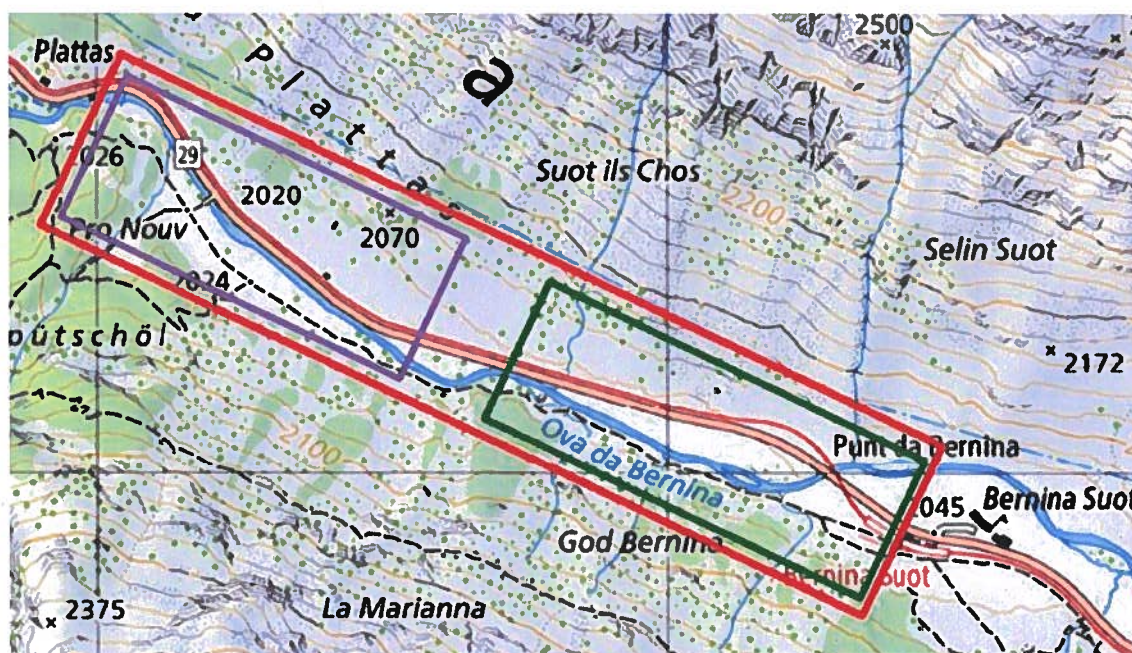


Abb. 3: Grün = Teil 1 (God Bernina), km 7 bis km 650; Violett = Teil 2 (Pro Nouv), km 850 bis 1465.

- 2.2 Dank den geplanten Ersatz- und Revitalisierungsmassnahmen kann der Strassenabschnitt der Berninastrasse saniert und ausgebaut werden. Gleichzeitig kann die Ova da Bernina als natürlicher Lebensraum und wichtiges landschaftsprägendes Element stark aufgewertet werden. In Verbindung mit der

Strassenkorrektur wird somit ein nachhaltiger Beitrag zum Schutz des Lebensraums der Ova da Bernina, zur Biodiversität und zur Aufwertung des Landschaftsschutzes im Gebiet des BLN-Objekts Nr. 1908 Oberengadiner Seenlandschaft und Berninagruppe geleistet.

B. Öffentliche Auflage und Anhörung

Das Strassen- inklusive Revitalisierungsprojekt lagen in der Zeit vom 21. August 2023 bis 19. September 2023 in der Gemeinde Pontresina öffentlich zur Einsicht auf. Während der Dauer der Auflage konnte auf der Homepage des Tiefbauamts digital auf die Auflageakten zugegriffen werden. Den vom Projekt betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern wurde die Publikation des Bauvorhabens schriftlich angezeigt. Überdies wurde das Gesamtprojekt gestützt auf Art. 12 der Strassenverordnung des Kantons Graubünden (StrV; BR 807.110) kantonalen Amtsstellen sowie interessierten Kreisen zur Vernehmlassung zugestellt.

Innert der Auflagefrist sind diverse Stellungnahmen und drei Einsprachen eingegangen. Nach Ablauf der Auflagefrist ging eine weitere Einsprache der Stiftung Pro Castellis, Bäch, ein. Die Stiftung Pro Castellis ist Eigentümerin der Naturstein-Panzersperre im Projektperimet. Der Stiftung wurde die Publikation des Projekts irrtümlicherweise nicht angezeigt, weshalb die Einsprache der Regierung zur Beurteilung unterbreitet wird.

Vernehmlassung Externe:

- armasuisse Immobilien (Stellungnahme vom 13. Oktober 2023)

Vernehmlassung kantonale Amtsstellen:

- Amt für Energie und Verkehr (Stellungnahme vom 11. August 2023)
- Amt für Landwirtschaft und Geoinformation (Stellungnahme vom 14. August 2023)
- Amt für Raumentwicklung (Stellungnahme vom 15. August 2023)
- Amt für Kultur, Archäologischer Dienst (Stellungnahme vom 30. August 2023)
- Amt für Jagd und Fischerei (Stellungnahme vom 31. August 2023)

- Amt für Wald und Naturgefahren (Stellungnahme vom 19. September 2023)
- Kantonspolizei (Stellungnahme vom 28. September 2023)
- Amt für Natur und Umwelt (Stellungnahme vom 17. Oktober 2023)
- Amt für Kultur, Denkmalpflege (Stellungnahme vom 2. November 2023)

Auf den Inhalt der Stellungnahmen der kantonalen Amtsstellen wird, soweit nötig, in den nachfolgenden Erwägungen eingegangen.

Einsprachen:

- Swisscom (Schweiz) AG, Chur (Einsprache vom 19. September 2023)
- Repower AG, Poschiavo (Einsprache vom 13. Juli 2023/1. September 2023)
- Rhätische Bahn AG, Chur (Einsprache vom 12. September 2023)
- Verein Pro Castellis, Bäch, vertreten durch Felix Nöthiger, Leiter historische Projekte (Einsprache vom 11. Oktober 2023)

II. Erwägungen

A. Gesetzliche Grundlagen

1. Strassenprojekt

Gemäss Art. 24 Abs. 1 des Strassengesetzes des Kantons Graubünden (StrG; BR 807.100) entscheidet die Regierung über die Projekteinsprachen und die Genehmigung des Auflageprojekts in einem koordinierten Beschluss und erteilt in der Regel gleichzeitig die erforderlichen weiteren Bewilligungen.

Die Projektgenehmigung schliesst die Befugnis zur Anwendung des Enteignungsrechts in sich (Art. 27 Abs. 2 StrG). Die Bereinigung von Entschädigungsbegehren erfolgt jedoch gemäss Art. 24 Abs. 2 StrG im Landerwerbsverfahren nach den Bestimmungen des kantonalen Enteignungsrechts. Das vom Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität (DIEM) bevollmächtigte Tiefbauamt, Landerwerb, führt im Anschluss an die Projektgenehmigung mit den vom

Projekt Betroffenen eine Einigungsverhandlung durch. Scheitert der Versuch einer gütlichen Vereinbarung, werden die zur Ausführung des Werks benötigten Rechte im Enteignungsverfahren erworben. Hierfür überweist das Departement den Fall an die zuständige Enteignungskommission mit dem Begehren um Durchführung des Schätzungsverfahrens (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 der Enteignungsverordnung des Kantons Graubünden [EntV; BR 803.110]).

2. Revitalisierungsprojekt

Beim vorliegenden Revitalisierungsprojekt handelt es sich um eine Revitalisierung im Sinne von Art. 38a des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG; SR 814.20). Gemäss der strategischen Revitalisierungsplanung des Kantons aus dem Jahre 2014 (vgl. Regierungsbeschluss vom 16. Dezember 2014 [Prot. Nr. 1162/2014]) weist der Abschnitt 1 (God Bernina) ein grosses und der Abschnitt 2 (Pro Nouv) ein mittleres Aufwertungspotenzial auf.

Infolge des geplanten Ausbaus der Berninastrasse H29 auf dem Abschnitt Montebello bis Bernina Suot muss das heutige Gerinne der Ova da Bernina in gewissen Abschnitten seitlich verschoben, neugestaltet und revitalisiert werden. Das Projekt wird demzufolge im Verfahren nach Art. 19 ff. StrG der Genehmigung zugeführt.

B. Vernehmlassungen

1. armasuisse Immobilien

Die armasuisse Immobilien (nachfolgend: armasuisse) teilt mit, zu den ihre Anlagen betreffenden Massnahmen habe die armasuisse im Moment keine Einwände. Nach der Projektgenehmigung sei die armasuisse schnellstmöglich zu informieren, um die endgültige Finanzierung sichern zu können.

Erwägung:

Die armasuisse ist nach erfolgter Projektgenehmigung umgehend darüber in Kenntnis zu setzen (Dispositiv III/A/5.1)

2. Kantonspolizei

Die Kantonspolizei stellt fest, die Inszenierung der Montebellokurve werde mit einer zentralen Zufahrt, beidseitigen Carhaltestellen und Gehweganlagen sowie einer Trenninsel zur Strassenüberquerung für Fussgänger ausgestattet. Zudem werde in diesem Bereich die Geschwindigkeit auf 60 km/h reduziert. Aus verkehrspolizeilicher Sicht könne dem Projekt mit den vorgesehenen Massnahmen zugestimmt werden.

Erwägung:

Von den zustimmenden Ausführungen der Kantonspolizei wird Kenntnis genommen.

3. Amt für Jagd und Fischerei (AJF)

Das AJF weist darauf hin, das Projekt verursache einen erheblichen Eingriff in das Fischgewässer Ova da Bernina. Zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf den Fischlebensraum bzw. den Fischbestand seien Massnahmen während der Bauausführung nötig. Ausserdem sei der Gestaltung der Ova da Bernina im Zuge der Revitalisierung grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Dies betreffe im Detail die Beibehaltung von fischökologisch intakten Strukturen, wie insbesondere eine ausgeprägte Niederwasserrinne und ein reichliches Strukturangebot der Ova da Bernina für alle Altersklassen der Bachforelle. Dies sei beispielsweise durch den Einbau von groben Strukturelementen (etwa im Falle der vorgeschütteten Lenkelemente) und der Positionierung der Blöcke im Falle der aufgelösten Rampe am unterwasserseitigen Ender der Revitalisierung zu bewerkstelligen. Insgesamt gelte es aus fachspezifischer Sicht angesichts der besonderen hydrologischen/klimatischen Rahmenbedingungen (sehr geringe Niederwasserabflüsse, starke Vereisung) bei der Detailplanung der Gewässeraufweitung auch die Ansprüche (aller Altersklassen) der vorkommenden Leitfischart zu berücksichtigen. Die fischereirechtliche Bewilligung für technische Eingriffe in Gewässer nach Art. 8 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Fischerei (BGF; SR 923.0) könne unter Einhaltung entsprechender Auflagen zugestimmt werden. Aus wildbiologischer Sicht seien Massnahmen zum Schutz von Vogelbruten im Zusammenhang mit den Rodungen umzusetzen.

Erwägungen:

Die Anträge des AJF sind gutzuheissen (vgl. Dispositiv III/A/2.1 und III/A/3.1-3.12).

4. Amt für Wald und Naturgefahren (AWN)

Das AWN hält fest, dass das Bauvorhaben Waldareal tangiere. Für das Strassenprojekt seien 19 905 m² temporäre und 5012 m² permanente Rodungen in einem Lärchen-Arvenwald mit Alpenrose (Waldgesellschaft Nr. 59) notwendig. Für das Revitalisierungsprojekt müssten insgesamt 1802 m² Wald gerodet werden, davon 1426 m² temporär und 376 m² permanent. Als Ersatz für die permanent gerodete Waldfläche (Strassenprojekt) sollen die im Gebiet Chalchagn und Ariefa zerfallenen Trockensteinmauern instandgesetzt werden. Gemäss Art. 7 Abs. 3 lit. b des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz, WaG; SR 921.0) könne für die Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekte auf Ersatz für definitive Rodungen verzichtet werden. Das Projekt könne aus forstlicher Sicht mit Auflagen genehmigt werden.

Erwägung:

Den Anträgen zur Rodungsbewilligung ist zu entsprechen. Hierzu wird auf die Rodungsbewilligung und auf die waldrechtlichen Auflagen verwiesen (Dispositiv III/A/1.9 und Auflagen unter III/A/4.1 – 4.10).

5. Amt für Natur und Umwelt (ANU)

Das ANU hält in seiner Stellungnahme fest, dass die Verbreiterung des Strassenquerschnitts im Abschnitt 2 (Pro Nouv) zwischen dem Profil 850.000 und dem Profil 1350.000 nur flussseitig möglich ist und zum Schutz der Strasse Ufersicherungsmassnahmen erforderlich sind. Gemäss Art. 37 Abs. 1 lit. a i.V.m. Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG; SR 814.20) dürfen Fliessgewässer nur verbaut oder korrigiert werden, wenn der Schutz von Menschen oder erheblichen Sachwerten es erfordert. Dabei muss der natürliche Verlauf des Gewässers möglichst beibehalten oder wiederhergestellt werden. Gewässer und Gewässerraum müssen so gestaltet werden, dass sie einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt als Le-

bensraum dienen können, die Wechselwirkungen zwischen ober- und unterirdischem Gewässer weitgehend erhalten bleiben und eine standortgerechte Ufervegetation gedeihen kann. Der Abschnitt zwischen dem Profil 850.000 und dem Profil 1350.000 des Strassenprojekts kann nur im Verbund mit dem Revitalisierungsprojekt bewilligt werden. Die durch das das Strassen- und das Revitalisierungsprojekt verursachte Ersatzpflicht nach Art. 18 Abs. 1ter des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) resp. Art. 14 Abs. 7 der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV; SR 451.1) kann innerhalb des Teilabschnitts 2 (Pro Nouv) mitabgegolten werden. Der finanzielle Aufwand für die Revitalisierung der Ova da Bernina im Teilabschnitt 2 (Pro Nouv) geht somit vollumfänglich zu Lasten des Strassenprojekts.

Beim Teilabschnitt 1 (God Bernina) wird das bestehende Wuhr auf der orographisch linken Flussseite entfernt. Zudem wird zwischen den Querprofilen 500 bis 650 das heutige bestehende Gerinne maschinell über eine Distanz von 150 m ebenfalls linksufrig aufgeweitet, um dem Gerinne den ehemaligen Seitenarm initial wieder zur Verfügung zu stellen. In diesem Abschnitt besteht keine gesetzliche Pflicht von Seiten des Strassenprojekts. Es handelt sich somit um eine Revitalisierung im Sinne von Art. 38a GSchG).

Ansonsten stimmt das ANU dem Bauvorhaben und der Erteilung der spezialgesetzlichen Bewilligungen im Rahmen der vorliegenden Projektgenehmigung aus fachspezifischer Sicht unter Auflagen zu.

Erwägung:

Anlässlich von bilateralen Gesprächen zwischen den kantonalen Amtsstellen ANU und Tiefbauamt (TBA) wurden die unterschiedliche Auffassung über die beiden Teilabschnitte 1 und 2 und deren Finanzierung besprochen. Die ausgearbeitete Lösung sieht vor, dass der Teilabschnitt 1 (God Bernina) als Revitalisierungsprojekt im Sinne von Art. 38a GSchG betrachtet werden kann.

Das Teilprojekt (Pro Nouv) bildet demgegenüber eine bundesrechtliche Voraussetzung dafür, dass die Verbreiterung der Kantonsstrasse überhaupt realisiert werden kann. Die Finanzierung dieses Abschnittes geht somit vollständig zu Lasten des Strassenbauprojekts.

Mit Zustimmung der Fachbehörde sind die nachgesuchten spezialgesetzlichen Bewilligungen im Rahmen der vorliegenden Projektgenehmigung zu erteilen (vgl. Dispositiv III/A/1). Den Anträgen des ANU ist zu entsprechen. Hierzu wird auf die Auflagen unter Dispositiv III/A/2.2–2.10 verwiesen.

6. Denkmalpflege

6.1 Einleitende Bemerkungen

Die Denkmalpflege führt aus, das Projekt geprüft und die Situation vor Ort begutachtet zu haben. Dem Projekt könne unter Auflagen zugestimmt werden. Die vorgesehenen baulichen Massnahmen seien in einer sehr zurückhaltenden Art und Weise, unauffällig und mit einer guten Integration in die Landschaft und in die bestehenden Umgebungsstrukturen zu realisieren. Veränderungen von Kunst- und Trasseebauten seien nach Möglichkeit mit vorhandenem wiederhergestellt zu werden. Die Böschungswinkel seien an die Umgebung anzupassen und nicht regelmässig im gleichen Winkel 2:3 auszuführen. Falls Geländer erstellt würden, sollten diese von der Strasse leicht zurückversetzt werden. Der Bereich der korrigierten Strassenführung sei möglichst offen, ohne Absperrungen, Leitplanken oder unnötige Beschilderungen und Grosstafeln zu gestalten.

Erwägung:

Durch die Verbreiterung des Strassenquerschnitts verlieren die wenigen talseitigen Stützmauern ihre Funktion. Auf der ganzen Ausbaulänge werden die Verbreiterungen mit Schüttungen erreicht. Einzig unterhalb Plattas ist auf ca. 35 m eine Blocksteinmauer notwendig, um die Strasse gegen die Ova da Bernina hin abzustützen. Bergseitig sind gegenüber dem erhöhten RhB-Trasseee lokale Bankettsicherungen (System Rügeli) vorgesehen. Im Revitalisierungsbereich wird für den Hochwasserschutz ein Wuhverbau realisiert. Der naturnahe Böschungsverlauf wird bauseits durch die UBB angeordnet. Die diesbezüglichen Anliegen der Denkmalpflege können gewährleistet werden. Als Trennung zwischen der Kantonsstrasse und dem touristischen Aussichtspunkt der Gemeinde im Bereich der Montebellokurve ist eine Insel und eine Kette mit Pfosten vorgesehen. Diese Massnahme ist aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig. Die im Projektbereich notwendigen Signale und Markierungen sind im aufgelegten Signalisationsplan ersichtlich. Die Anordnung von Signalisationstafeln

richtet sich nach der eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzgebung, namentlich der Signalisationsverordnung (SSV; SR 741.21).

6.2 Inszenierung Montebellokurve

Die Denkmalpflege verlangt eine unauffällige Gestaltung des Parkplatzes, welche sich gut in die Umgebung integriert. Gehwege und Fussgängerbereiche sollten ohne Belag ausgeführt werden und damit einen sanften Übergang zur Landschaft bilden. Zugunsten einer natürlichen Oberfläche soll auf die Verwendung einer Pflästerung für die Insel und die Rabatte verzichtet werden. Die Typologie der Pflästerung sei ortsfremd. Bei der Möblierung und Inszenierung sei Zurückhaltung angesagt. Die Denkmalpflege wird sich bei einer genauen Planung im Detail dazu äussern. Grundsätzlich erachte es die Denkmalpflege in allen Belangen als notwendig, die Gestaltungsberatung der Denkmalpflege beizuziehen.

Erwägung:

Bei der Erarbeitung des vorliegenden Projekts wurde bereits im Jahr 2016 eine Vernehmlassung bzw. Ämterkonsultation bei der Rhätischen Bahn (RhB) sowie bei ausgewählten Fachstellen durchgeführt. Im Jahr 2021 wurde die Meinung der Umweltschutzorganisationen zu einer Machbarkeitsstudie eingeholt. In Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen wurde in der Folge ein Vorprojekt ausgearbeitet. Dieses wurden den Umweltschutzorganisationen und dem UNESCO-Ausschuss im Juni 2022 zu Stellungnahme unterbreitet. Die eingegangenen Anliegen wurden bei der Erarbeitung des Auflageprojekts soweit möglich berücksichtigt. Das Auflageprojekt bildet insofern bereits die mit den Umweltverbänden entwickelte Lösung ab.

Grundsätzlich ist die Gemeinde Pontresina als Bauherrin zuständig für die Inszenierung der Montebellokurve. Anstelle der Inselpflästerung ist Belag, Chausierung oder Begrünung denkbar (Unterhaltsfrage). Ohne Randstein ist stattdessen eine Leitschranke anzuordnen. Der Fussgängerbereich mit Gehwegenlagen wurde in Absprache mit der Gemeinde aus betrieblichen Gründen (Winterdienst, Entwässerung, behindertengerechte Ausgestaltung) mit Belag vorge-

sehen. Die Möblierung ist Sache der Gemeinde und hat einen touristischen Nutzen. Sie muss den diesbezüglichen Ansprüchen genügen (z.B. bärensichere Abfalleimer). Die Möblierung ist vergleichbar mit anderen Hotspots entlang der Berninastrasse und entspricht dem bisherigen Konzept.

6.3 Historische Verkehrswege

Die Denkmalpflege weist darauf hin, dass zwei historische Verkehrswege vom Projekt betroffen seien, welche im Inventar historischer Verkehrswege der Schweiz (IVS) als Objekte von nationaler Bedeutung aufgenommen wurden (Objekt GR 61.10.1, Berninastrasse; Objekt GR 61.1.3, Alter Saumweg). Es handle sich bei beiden Abschnitten um Verkehrswege mit der Klassierung "historischer Verlauf mit Substanz", welche mit allen Elementen zu erhalten seien. Im zweiten Abschnitt im Projektperimeter, südöstlich von Montebello, befänden sich drei Teilstücke mit Trockenmauern. All diese Elemente seien zu berücksichtigen und die Bauausführung so zu gestalten, dass die Elemente des historischen Verkehrswegs vollumfänglich erhalten bleiben.

Erwägung:

Südöstlich von Montebello finden sich drei Teilstücke mit Trockenmauern bzw. Bruchsteinmauern mit einem Betonaufsatz. Diese bergseitigen Mauern sind Teil des Bahntrassees der RhB und bleiben erhalten. Die talseitigen Stützmauern wurden erst später mit dem Strassenausbau in den 1960er Jahren realisiert. Sie haben keinen schützenswerten Charakter. Diese Mauern werden mit der Strassenkorrektur rückgebaut bzw. überschüttet und bedürfen daher keiner Wiederherstellung.

6.4 Militärische Anlagen

Unterhalb von Bernina Suot verlaufe quer durchs Tal ein Geländepanzerhindernis aus 4 Reihen von Natursteinblöcken. Die Panzersperre sei im Bundesinventar der erhaltenswerten ehemaligen Kampf- und Führungsbauten (ADAB) als Objekt von nationaler Bedeutung eingestuft. Die Sperre müsse als Element in der Landschaft les- und wahrnehmbar bleiben. Auch bei Strassen- und Flussverschiebungen sei die Sperre bis direkt ans Flussbett zu ergänzen.

Erwägung:

Der Eingriff in das Geländepanzerhindernis wird auf ein Minimum reduziert.

Dies wurde anlässlich einer Einigungssitzung mit der Eigentümerin der Panzersperre, der Stiftung Pro Castellis, am 20. Februar 2024 vereinbart. Der Revitalisierungssperimeter kann soweit eingeengt werden, dass der Hochwasserschutz für die Kantonsstrasse gewährleistet bleibt (vgl. diesbezüglich die Erwägungen unter II/C/4).

C. Einsprachen

1. Swisscom (Schweiz) AG

Die Swisscom (Schweiz) AG führt aus, gemäss dem Technischen Bericht zur Revitalisierung Ova da Bernina werde die Massnahme der Gerinneverschiebung mit der Verbreiterung der H29 Berninastrasse auf dem Abschnitt Montebello – Bernina Suot begründet. Die Verlegung der Swisscom-Anlagen werde folglich durch Strassenbaumassnahmen ausgelöst. Die Kosten hierfür seien nach Ansicht der Swisscom (Schweiz) AG vollumfänglich verursachergerecht seitens des Kantons Graubünden zu tragen. Weiter weist die Swisscom (Schweiz) AG darauf hin, im betroffenen Perimeter würden Glasfaser-Transitkabel geführt, deren Verlegung entsprechend genügend Vorlaufzeit beanspruche. Im Rahmen des Ausführungsprojekts sei deshalb frühzeitig Kontakt mit der Swisscom (Schweiz) AG aufzunehmen.

Erwägung:

Das Tiefbauamt ist anzuweisen, vor Beginn der Bauarbeiten mit der Swisscom (Schweiz) AG, Chur, in Verbindung zu treten, um die Sicherungs- und Anpassungsarbeiten an den bestehenden Leitungen und Anlagen sowie die Verlegung der neuen Leitungen mit den Bauarbeiten zu koordinieren (vgl. Dispositiv III/A/2.7).

Soweit die Swisscom (Schweiz) AG geltend macht, die Kosten für die Verlegung der Swisscom-Anlagen habe in Anwendung des Verursacherprinzips der Kanton als Bauherr zu tragen, ist ihr im Grundsatz zuzustimmen. Allerdings liegt

die Swisscom-Leitung vorliegend über weite Strecken im Gewässerraum. Bestehende Bauten im Gewässerraum sind gemäss Art. 41c Abs. 2 der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR 814.201) in ihrem Bestand zwar geschützt, seinem Wortlaut nach schützt Art. 41c Abs. 2 GSchV altrechtliche Bauten aber nur "in ihrem Bestand", ohne die Änderung, Erweiterung oder den Wiederaufbau zu erwähnen, die nach Art. 24c Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700) gestattet sind. Art. 24c RPG erlaubt lediglich Ausnahmen vom Erfordernis der Zonenkonformität. Bauten im Gewässerraum sind aber gewässerschutzrechtlich widerrechtlich, und zwar unabhängig davon, ob sie in der Landwirtschaftszone zonenkonform oder zonenwidrig sind. Dementsprechend fehlt eine raumplanungsrechtliche Regelung für zonenkonforme Bauten im Gewässerraum. Nach Art. 41c Abs. 1 GSchV genügt die Standortgebundenheit in der Landwirtschaftszone nicht, sondern Bauten und Anlagen müssen auf einen Standort im Gewässerraum angewiesen sein und im öffentlichen Interesse liegen (vgl. BGE 146 II 304, E. 9, mit Hinweisen).

Auf einen Standort im Gewässerraum ist die Swisscom (Schweiz) AG für ihre Anlage im vorliegenden Fall nicht angewiesen. Dies bedeutet, dass die Swisscom-Anlage spätestens im Zuge der nächsten Änderung, Erweiterung oder dem nächsten Wiederaufbau aus dem Gewässerraum verlegt werden muss. Da die Swisscom-Anlage über kurz oder lang ohnehin aus dem Gewässerraum verlegt werden muss, hat die Swisscom (Schweiz) AG als Nutzniesserin der im Rahmen des vorliegenden Bauvorhabens vorgesehenen Leitungsverlegung im Sinne der Vorteilsanrechnung sich in angemessenem Umfang an die Verlegungskosten zu beteiligen. Dementsprechend ist das Tiefbauamt anzuweisen, mit der Swisscom (Schweiz) AG im Rahmen der Detailprojektierung eine Vereinbarung über den Kostenteiler der Leitungsverlegung auszuhandeln und abzuschliessen. Dementsprechend ist die Einsprache diesbezüglich nur teilweise gutzuheissen. Insgesamt ist die Einsprache der Swisscom im Sinne der Erwägungen teilweise gutzuheissen. Kommt über den Kostenteiler der Leitungsverlegung keine Einigung zustande, ist die Einsprache diesbezüglich dem Tiefbauamt, Landerwerb, zur Bearbeitung zu überweisen (vgl. Dispositiv III/B/1).

2. Repower AG

- 2.1 Die Repower AG fordert, der Zugang zu ihren Anlagen und insbesondere zum 20-kV-Schacht nördlich des Geräteraums müsse während der Arbeiten und nach Abschluss der Arbeiten jederzeit gewährleistet sein.

Erwägung:

Das Anliegen der Repower AG ist gerechtfertigt. Der Zugang zu den Anlagen der Repower AG wird während der Bauzeit gewährleistet sein. Kurzzeitige Behinderungen bei der Arbeitsausführung sind allerdings nicht zu vermeiden. Die Bauleitung ist anzuweisen, dem diesbezüglichen Anliegen nachzukommen (vgl. Dispositiv III/A/5.3).

- 2.2 Während der Ausführung der Arbeiten und insbesondere im Hinblick auf die Verbreiterung der Fahrbahn im Bereich des Stauwehrs im Gebiet „Plattas“ sei unbedingt auf die bestehende Druckleitung des Kraftwerks Morteratsch und die aus zwei Rohren bestehende Stromleitung zu achten. Für diese Anlagen sei vor Baubeginn eine Zustandsaufnahme vorzunehmen.

Erwägung:

Das Tiefbauamt, Landerwerb, ist anzuweisen, vor Beginn der Bauarbeiten beim zuständigen Regionalgericht die Sicherstellung gefährdeter Beweise gemäss Art. 158 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO; SR 272) zu beantragen. Die Einsprache ist diesbezüglich demzufolge gutzuheissen und dem Tiefbauamt, Landerwerb, zu überweisen (vgl. Dispositiv III/A/5.4 und Dispositiv III/B/2).

- 2.3 Die Repower AG macht darauf aufmerksam, dass beim Stauwehr Plattas der Ova da Bernina Wasser zur Stromerzeugung mittels Turbinierung entnommen werde. Wassertrübungen und Geschiebetransport aus der Revitalisierungsbau- stelle seien zu minimieren, um das ordnungsgemässe Funktionieren der Turbi- nen nicht zu beeinträchtigen. Die Kosten für ausserordentliche Materialentlee- rungen bei der Wasserfassung Morteratsch seien durch die Bauherrschaft zu tragen.

Erwägung:

Die Bauleitung ist anzuweisen, Wassertrübungen und insbesondere Geschiebetransport aus der Revitalisierungsbaustelle im Bereich Stauwehr Plattas möglichst zu vermeiden (vgl. Dispositiv III/A/5.5).

- 2.4 Das Gesuch um Leistung eines Beitrags an die Restkosten für die geplante Revitalisierung im Gebiet "Punt da Bernina" bis zur Wasserfassung bei "Plattas" habe der Ausschuss an der ordentlichen Versammlung des Ökofonds vom 8. Juni 2024 behandelt. Nach eingehender Prüfung habe sich herausgestellt, dass das Projekt einen wichtigen Eingriff zugunsten von Natur und Landschaft darstelle. Unter Berücksichtigung verschiedener Projekte, die bereits im Rahmen der Aktivitäten des Ökofonds durchgeführt worden seien, habe die Versammlung einen Betrag von 50 000.00 Franken für die Umsetzung der Revitalisierung der „Ova da Bernina“ beschlossen. Der Kredit sei als Finanzierung für die Bauphase der Arbeiten (nicht für die Planung) zu betrachten und werde nach Abschluss der Arbeiten ausbezahlt.

Erwägung:

Die Beteiligung der Repower AG aus dem Ökofonds an die Restkosten der Revitalisierung im Gebiet "Punt da Bernina" bis Wasserfassung "Plattas" wird zur Kenntnis genommen.

- 2.5 Die Repower AG weist darauf hin, dass der Rückbau ihrer Freileitung und die Verlegung des neuen Kabelkanals nicht Teil des Beitrags aus dem Ökofonds bildeten. Die Kompensationspunkte für die Verlegung der Leitung sei Repower zuzuordnen.

Erwägung.

Es kann bestätigt werden, dass die Kompensationspunkte der Repower AG gutgeschrieben werden. Die Kosten für die Erdverlegung der Leitung sind von der Repower AG zu tragen.

3. Rhätische Bahn AG

- 3.1 Die Rhätische Bahn AG bringt vor, die vorübergehend zu beanspruchenden RhB-Flächen seien durch geeignete Massnahmen vor Verdichtung und Verschmutzung zu schützen. Ferner sei sicherzustellen, dass die temporär beanspruchten Grundflächen gemäss ihrem Ausgangszustand wiederhergestellt würden. Die Begrünung habe mit standortgerechten, einheimischen Ansaaten zu erfolgen (z.B. Heusaat). Allfällige Bestockungen auf den temporär beanspruchten Flächen seien so zu wählen, dass das Lichtraumprofil der RhB auch in den Folgejahren nicht beeinträchtigt werde.

Erwägungen:

Die Anliegen der RhB sind berechtigt. Die Einsprache ist diesbezüglich gutzuheissen. Das Tiefbauamt wird beauftragt, die Auflagen der RhB im Zusammenhang mit der vorübergehenden Beanspruchung der RhB-Flächen zu berücksichtigen (vgl. Dispositiv III/A/5.6-5.9 und Dispositiv III/B/3).

- 3.2 Beim Einsatz von Kranen, Hebezeugen oder Baumaschinen seien die in diesem Zusammenhang erforderlichen Sicherheitsauflagen sowie Sicherheitsabstände der RhB einzuhalten. Ebenso müssten Sicherheitsabstände zu spannungsführenden Teilen entsprechend eingehalten werden. Dies gelte es insbesondere bei den Bahnübergängen sowie in den Strassenbereichen nahe am Bahntrasse zu beachten. Die Schutzmassnahmen gegenüber den elektrischen RhB-Leitungen seien der RhB (netzleitstelle@rhb.ch) frühzeitig in Form eines Plans zuzustellen. Während der ganzen Zeit der Bauarbeiten sei ein Sicherheitschef vor Ort erforderlich. Für Arbeiten, die in einem kleineren Abstand als fünf Meter erfolgen (Spur Nord, Poschiavo – Pontresina), sei ebenfalls ein Sicherheitswärter erforderlich. Das Sicherheitsdispositiv sei mindestens 20 Arbeitstage vor Baubeginn zwingend mit dem zuständigen Bahndienst Bernina zu definieren.

Erwägung:

Die Ausführungen der RhB werden zur Kenntnis genommen. Die desbezüglichen Auflagen der RhB sind ins Dispositiv aufzunehmen (vgl. Dispositiv III/A/5.10 und 5.11 und Dispositiv III/B/3).

- 3.3 Sollte der Unternehmer während der Bauausführung beschädigte Leitungsrohre der RhB oder solche in einem sehr schlechten Zustand feststellen, so sei dies dem zuständigen Bahndienst Bernina unverzüglich zu melden.

Erwägung:

Das diesbezügliche Anliegen der RhB ist zu berücksichtigen (vgl. Dispositiv III/A/5.12 und Dispositiv III/B/3).

- 3.4 Bei Quergefälle Richtung Gleis sei zusätzlich zur Rigole ein Randstein zu erstellen. Bei Grabarbeiten seien zudem bauliche Massnahmen wie Unterfangungen oder Schotter-Spriessungen mit dem Leiter Bahndienst Süd zu besprechen. Schliesslich müsse der Abstand Gleisachse – Leitschranke innen Kante (ik) für die zu montierenden Leitschranken $2.40 + e + 0.50$ Meter betragen.

Erwägung:

Das Strassenabwasser wird über die Wasserschale in genügendem Mass abgeleitet (Projektierungsrichtlinie Nr. 1.115) und erfüllt in der gewählten Form die Ansprüche der RhB. Ferner sind durch den gewählten Abstand zur Bahn keine baulichen Sicherungsmassnahmen des Bahntrassees erforderlich. Der von der RhB geforderte Abstand der Leitschranke zur Gleisachse ist im Projekt bereits berücksichtigt. Der Einwand der RhB ist diesbezüglich abzuweisen (vgl. Dispositiv III/B/3).

4. Verein Pro Castellis, Bäch, vertreten durch Felix Nöthiger, Leiter historische Projekte

Mit Schreiben an das Tiefbauamt vom 11. Oktober 2023 erhob die Pro Castellis Einsprache gegen das Projekt. Das Tiefbauamt leitete die Einsprache zuständigkeitshalber an das Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität (DIEM) weiter. Der Einsprecher rügte die mit dem vorliegenden Revitalisierungsprojekt vorgesehene Teilzerstörung der Naturstein-Panzersperrung Bernina. Bei der vom Bauvorhaben betroffenen historischen Militärbaute handle es sich um eine Sperrstelle von nationaler Bedeutung. Weiter bemängelte der Einsprecher, dass der Verein Pro Castellis als Eigentümer der Panzersperre nicht über

das Bauvorhaben informiert worden sei. Der Einsprecher schlug vor, unter der Leitung des Tiefbauamts zusammen mit den Projektverfassern und Vertretern der Denkmalpflege nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen.

Erwägung:

Den vom Projekt betroffenen Grundeigentümern wurde das Bauvorhaben vor der öffentlichen Auflage schriftlich angezeigt. Die Einsprache des Vereins Pro Castellis ging nach der 30-tägigen Einsprachefrist ein. Aufgrund eines Irrtums über die Eigentumsverhältnisse an der Panzersperre wurde das Bauprojekt dem Einsprecher fälschlicherweise nicht persönlich angezeigt. Aus diesem Grund ist auf die Einsprache einzutreten, obwohl sie beim Kanton nach Ablauf der Einsprachefrist eingegangen ist.

Bezugnehmend auf den Vorschlag des Einsprechers, Lösungen für eine einvernehmliche Lösung zu suchen, lud das Tiefbauamt den Einsprecher und weitere involvierte Personen (Projektverfasser und Vertreter der Denkmalpflege, des ANU und des DIEM) im Januar 2024 zu einer Einigungsverhandlung ein. Diese fand am 20. Februar 2024 in Chur statt. Dem Einsprecher wurden zur Vorbereitung der Sitzung vorgängig die Projektunterlagen zugestellt.

Anlässlich der Einigungsverhandlung wurden dem Einsprecher im Vorfeld ausgearbeitete Varianten (1, 2a, 2b, 3a und 3b) vorgestellt und diese Varianten hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung diskutiert. Mit den Varianten wurde versucht, den Eingriff in die Panzersperre aus Natursteinen so gering wie möglich zu halten. Es wurde entschieden, die Variante 2b zu realisieren. Die tangierten Steine werden an gleicher Lage wiederhergestellt. Um deren Erhalt bei Hochwasser sicherzustellen, werden diese auf geeignete Weise stabilisiert (Beschlussprotokoll vom 20. Februar 2024, Beilage).

Anlässlich der Einigungsverhandlung wurden weitere Anliegen des Einsprechers diskutiert, namentlich in Bezug auf die projektbedingte Verlängerung der bestehenden Unterführung unter der Kantonsstrasse und der Bahnlinie der RhB sowie in Bezug auf die Energieversorgung der Berninahäuser. Alle vereinbarten Massnahmen wurden im Protokoll festgehalten. Das gegenseitig unterzeichnete

Protokoll bildet einen integrierenden Bestandteil des vorliegenden Beschlusses (vgl. Beilage).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Anliegen des Einsprechers gerechtfertigt sind. Die Einsprache ist demzufolge im Sinne der Erwägungen gutzuheissen (vgl. Dispositiv III/B/4).

D. Projektkosten und Finanzierung

1. Gesamtkosten

Die Gesamtkosten des Auflageprojekts betragen rund 20,44 Mio. Franken (inkl. MWST; Preisbasis August 2023).

2. Kosten Strassenprojekt

Die Kosten für das Strassenprojekt belaufen sich auf rund 19,835 Mio. Franken. Die Kosten werden entsprechend den im Kostenverteiler festgelegten Positionen auf die Gemeinde Pontresina, die Leitungseigentümer, die Rhätische Bahn (RhB) und den Kanton aufgeteilt. Bei den Kostenangaben handelt es sich um Schätzungen.

Gesamtkosten Strassenprojekt		19 835 000 CHF
Gemeinde Pontresina	Inszenierung Montebellokurve	980 000 CHF
Repower AG	Erstellung Rohrblock	240 000 CHF
Swisscom*	Erstellung Rohrblock	140 000 CHF
armasuisse	Instandstellung Militärbrücke	290 000 CHF
RhB	Sicherheitsmassnahmen (50%-Anteil)	
	<u>Erdverlegung Freileitung, Durchlässe</u>	<u>1 050 000 CHF</u>
Restkosten zu Lasten Kanton (Strassenrechnung)		17 135 000 CHF

*Beim Kostenanteil Swisscom ist die noch auszuhandelnde Vorteilsanrechnung gemäss Ziffer II/C/1 der Erwägungen nicht berücksichtigt.

3. Finanzierung Revitalisierungsprojekt

3.1 Kreditbasis

Gemäss Kostenvoranschlag ist für die Revitalisierung der Ova da Bernina mit Gesamtkosten (inkl. Projektierung, Beschaffung, Fachbauleitung und MWST) von 2,60 Mio. Franken zu rechnen, wovon 605 000 Franken auf den Teilabschnitt 1 und 1,995 Mio. Franken auf den Teilabschnitt 2 fallen. Da die Revitalisierung der Ova da Bernina im Teilabschnitt 2 eine bundesrechtliche Bewilligungsvoraussetzung darstellt, sind die Kosten für dieses Teilprojekt dem Strassenprojekt zuzurechnen und dementsprechend in den Gesamtkosten (vgl. Ziff. 2 oben) enthalten.

3.2 Beiträge Revitalisierungsprojekt Teilabschnitt 1

Das Revitalisierungsprojekt im Teilabschnitt 1 (God Bernina) bildet Bestandteil der Programmvereinbarung 2025-2028 zwischen dem Bundesamt für Umwelt und dem Kanton Graubünden betreffend die Programmziele im Bereich "Revitalisierungen", Programmziel 12-2 "Revitalisierungsprojekte", Leistungsindikatoren LI 2.1 "Grundsubvention" (35 Prozent) und LI 2.3.a "Projekte mit grossem Nutzen für Natur und Landschaft" (20 Prozent). Das Revitalisierungsprojekt im Teilabschnitt 1 erfüllt zudem die Förderungsvoraussetzungen gemäss Art. 37 Abs. 1 lit. a und d des Gesetzes über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden (Kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz, KNHG; BR 496.000).

Der Kantonsbeitrag (Konto 4260.562069.73) wird auf 32 Prozent der subventionsberechtigten Restkosten, maximal 121 900 Franken (inkl. MWST, Preisstand August 2024, Produktionskosten-Index PKI des Schweizerischen Bau- und Holzmeisterverbands SBV) festgelegt. Der Bundesbeitrag (Konto 4260.572069.73) wird auf 55 Prozent der anrechenbaren Kosten, maximal 210 100 Franken, festgelegt.

Der ecofondo der Repower wurde durch das Tiefbauamt angefragt, ob sie das Revitalisierungsprojekt im Teilabschnitt 1 (God Bernina) finanziell unterstützen würden. Der ecofondo teilte dem Tiefbauamt mit, dass sie das Projekt mit 50 000 Franken (inkl. MWST), unterstützen. Dieser Beitrag gilt als Beitrag Dritter im Rahmen der PV Revitalisierungen.

Die landschaftliche Ersatzpflicht aus dem Strassenprojekt wurde vom ANU auf 20 000 Punkte geschätzt. Der Kostenanteil zu Lasten des Strassenprojekts aus

der landschaftlichen Ersatzpflicht (Art. 6 Abs. 1 NHG) beträgt somit 60 000 Franken, wovon 30 000 Franken in den Gesamtkosten für das Strassenprojekt aufgehen (vgl. Ziff. 2 oben) und 30 000 Franken in den Kostenteiler für das Revitalisierungsprojekt, Teilabschnitt 1, einfließen.

Im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem ANU und der Repower AG, Poschiavo betreffend NHG-Ersatzmassnahme Revitalisierung Ova da Bernina hat sich die Repower AG, Poschiavo, verpflichtet, für den Aufbau ihres NHG-Ersatzmassnahmenpools einen zweckgebundenen finanziellen Beitrag in Höhe von 193 000 Franken an die Revitalisierung Ova da Bernina, Teilabschnitt 1, zu leisten. Dieser Beitrag gilt nicht als Teil der PV Revitalisierungen.

Die Kosten für das Revitalisierungsprojekt im Teilabschnitt 1 (God Bernina) werden somit wie folgt aufgeteilt:

Gesamtkosten Revitalisierung Ova da Bernina, Teilabschnitt 1	605 000 CHF
Kanton (Strassenrechnung, Ersatzpflicht Art. 6 NHG)	-30 000 CHF
Repower AG (NHG-Ersatzmassnahmenpool)	-193 000 CHF
Subventionsberechtigte Kosten	382 000 CHF
Bundesbeitrag (55 Prozent)	-210 100 CHF
Beitrag ecofondo Repower (13 Prozent)	-50 000 CHF
Nettobelastung Kanton (32 Prozent)	121 900 CHF

III. Beschluss

Gestützt auf Art. 24 ff. StrG und Art. 38a GSchG, nach Einsicht in die massgeblichen Unterlagen sowie auf Antrag des Departements für Infrastruktur, Energie und Mobilität

beschliesst die Regierung:

A. Projektgenehmigung

Das Auflageprojekt für die Korrektur der H29 Berninastrasse, bestehend aus

- der Strassenkorrektur Montebello – Bernina Suot, km 8.20 bis km 10.80, inklusive Inszenierung Montebellokurve, dargestellt in den Plänen Nr. 29.5175.01 bis und mit Nr. 29.5175.33, vom Mai 2023, und
- der Revitalisierung Ova da Bernina, (Teil 1 und 2), dargestellt in den Plänen Nr. 29.5175.51 bis und mit Nr. 29.5175.67, vom Mai 2023

wird mit den nachstehenden spezialgesetzlichen Bewilligungen und Auflagen genehmigt.

1. Spezialgesetzliche Bewilligungen

- 1.1 Die Bewilligung für das Einleiten oder Versickernlassen von behandeltem verschmutztem Abwasser nach Art. 7 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG; SR 814.20) wird erteilt.
- 1.2 Die Bewilligung für das Einleiten von nicht verschmutztem Abwasser in ein oberirdisches Gewässer nach Art. 7 Abs. 2 GSchG wird erteilt.
- 1.3 Die Bewilligung zur Errichtung oder Änderung von Anlagen in besonders gefährdeten Bereichen nach Art. 19 Abs. 2 GSchG wird erteilt.
- 1.4 Die Bewilligung für die Überdeckung und Eindolung von Fliessgewässern nach Art. 38 Abs. 2 GSchG wird erteilt.
- 1.5 Die Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb von anderen Abfallanlagen nach Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kantonales Umweltschutzgesetz, KUSG; BR 820.100) wird erteilt.
- 1.6 Die Bewilligung zur Beseitigung von Ufervegetation nach Art. 22 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) wird erteilt.

- 1.7 Die Bewilligung für die Beeinträchtigung geschützter Pflanzen nach Art. 20 Abs. 3 lit. b der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV; SR 451.1) wird erteilt.
- 1.8 Die fischereirechtliche Bewilligung für technische Eingriffe in Gewässer nach Art. 8 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Fischerei (BGF; SR 923.0) wird erteilt.
- 1.9 Die Rodungsbewilligung nach Art. 5 des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz, WaG; SR 921.0) wird mit Auflagen erteilt.
- 1.10 Die wasserbaupolizeiliche Bewilligung nach Art. 22 Abs. 1 des Gesetzes über den Wasserbau im Kanton Graubünden (Wasserbaugesetz, KWBG; BR 807.700) wird erteilt.
- 1.11 Die Bewilligung zur Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit nach Art. 3 Abs. 4 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG; SR 741.01) wird erteilt.

2. Umweltrechtliche Auflagen

- 2.1 Der Rodungseingriff ist auf das Brutgeschäft der vorkommenden Vogelarten abzustimmen. Der Rodungseingriff hat, soweit möglich, vor dem 1. Mai bzw. nach dem 30. Juni und damit ausserhalb der primären Brut-/Aufzuchtphase stattfinden. Lassen sich die vorgesehenen Bauarbeiten mit dieser zeitlichen Baueinschränkung nicht vereinbaren, sind in Absprache mit dem zuständigen kantonalen Wildhüter allfällige weiterführende Schutzmassnahmen festzulegen (vgl. Erw. II/B/3).
- 2.2 Das Pflichtenheft der Umweltbaubegleitung ist dem ANU vor Baubeginn zur Stellungnahme einzureichen.
- 2.3 Das Strassen- und das Revitalisierungsprojekt sind möglichst gleichzeitig umzusetzen.

- 2.4 Dem ANU sind die Protokolle (Baustellenjournal) der periodischen Baustellenkontrolle des Strassen- und Revitalisierungsprojekts laufend zuzustellen.
- 2.5 Das ANU ist zu den Umweltbauabnahmen des Strassen- und des Revitalisierungsprojekts einzuladen.
- 2.6 Das detaillierte Entwässerungskonzept, aus dem zumindest die abwasserproduzierenden Anlagen, die zu erwartenden Abwassermengen, allfällige Vorbehandlungsanlagen inklusive Dimensionierung sowie die vorgesehene Versickerung oder Einleitung hervorgeht, ist dem ANU vor Baubeginn zur Prüfung einzureichen.
- 2.7 Die in den beiden Umweltberichten beschriebenen Massnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft sind zu treffen.
- 2.8 Die Kosten für die Revitalisierung der Ova da Bernina im Teilabschnitt 2 gehen vollständig zu Lasten des Strassenprojekts. Die Ersatzpflicht aus Biotopschutzinteresse aus dem ganzen Strassen- und aus dem Teilabschnitt 2 des Revitalisierungsprojekts sowie die Hälfte der landschaftlichen Ersatzpflicht des Strassenprojekts gilt damit als erbracht.
- 2.9 Bis Baubeginn ist mit dem ANU das Konzept zur Wirkungskontrolle zur Gewässerrevitalisierung zu vereinbaren. Die Erarbeitung des Konzepts und dessen Umsetzung werden über die Programmvereinbarung Revitalisierungen finanziert.
- 2.10 Die landschaftliche Ersatzpflicht des Strassenprojekts wird auf 20 000 Punkte festgelegt. Der Kostenanteil zu Lasten des Strassenprojekts aus der landschaftlichen Ersatzpflicht (Art. 6 Abs. 1 NHG) beträgt somit 60 000 Franken, wovon 30 000 Franken in den Gesamtkosten für das Revitalisierungsprojekt im Teilabschnitt 2 aufgehen und 30 000 Franken in den Kostenteiler für das Revitalisierungsprojekt, Teilabschnitt 1, einfließen.

3. Fischereirechtliche Auflagen

- 3.1 Der zuständige kantonale Fischereiaufseher ist mindestens zehn Arbeitstage im Voraus über den Zeitpunkt des Eingriffs (alle Eingriffe im Bereich der Ova da Bernina, Gewässer und Ufer) zu orientieren. Seine fischereitechnischen Anforderungen sind strikte zu befolgen.
- 3.2 Der vorgesehene technische Eingriff liegt im Einflussbereich eines Fortpflanzungsgewässers für Fische. Während der gesetzlich festgelegten Schonzeiten (Bachforelle; 16.09 bis und mit 30.04) sind technische Eingriffe in den entsprechenden Gewässerbereichen zum Schutze der Laich- und Embryonalentwicklungsphase grundsätzlich verboten. Sollte es aufgrund der hydrologischen Verhältnisse nicht möglich sein, den vorgesehenen Eingriff ausserhalb der Schonzeit durchzuführen, so sind in Absprache mit der zuständigen kantonalen Fischereiaufsicht allfällige weiterführende Schutzmassnahmen festzulegen.
- 3.3 Der zuständige kantonale Fischereiaufseher entscheidet, ob vorgängig Abfischungen gefährdeter Gewässerabschnitte oder weitere fischereiliche Massnahmen notwendig sind (z.B. Wasserhaltung).
- 3.4 Jegliche Eingriffe ins Oberflächengewässer haben in Trockenbauweise (Wasserhaltung) zu erfolgen. Trübungen des Gewässers sind auf ein absolutes Minimum zu beschränken.
- 3.5 Art und Weise der Betonarbeiten im Gewässerbereich sind vorgängig mit dem zuständigen kantonalen Fischereiaufseher festzulegen.
- 3.6 Bei den Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass keine Schadstoffe wie Öle oder Benzin, Betonwasser usw. ins Gewässer gelangen. Für Baustellenabwasser gilt grundsätzlich die SIA Empfehlung Nr. 431 "Entwässerung von Baustellen".
- 3.7 Das Betanken, Reinigen und Reparieren von Maschinen hat ausserhalb der Gewässer, auf einem dafür geeigneten Platz zu erfolgen. Ausserhalb der Arbeitszeiten sind alle Baumaschinen ausserhalb des Gewässerbettes auf einem befestigten Platz abzustellen.

- 3.8 Für Arbeiten im Gewässer sind, wenn immer möglich, Schreitbagger einzusetzen.
- 3.9 Die Gewässer, Uferbereiche und ihre Lebensräume sind in einem natürlichen und naturnahen Zustand zu erhalten. Die Endgestaltung des betroffenen Gewässerabschnitts muss auf eine bestmögliche Wiederherstellung, wo möglich auf eine Verbesserung des Ufer- und Gewässerlebensraums, abzielen sowie die freie Fischgängigkeit gewährleisten. Dazu ist der zuständige kantonale Fischereiaufseher beizuziehen.
- 3.10 Der zuständige kantonale Fischereiaufseher ist zu regelmässigen Bausitzungen und zur Bauabnahme einzuladen.
- 3.11 Jegliche Vorkommnisse, die eine Beeinträchtigung der Qualität des Wassers (Oberflächengewässer und Grundwasser) verursachen könnten, sind unverzüglich der Gemeinde sowie dem Pikettdienst des Amtes für Natur und Umwelt (via ELZ Telefon 117/118) zu melden.
- 3.12 Rechtzeitig vor Baubeginn ist die Detailplanung der Gewässerrevitalisierung mit dem Fischereiaufseher vor Ort abzustimmen. Hierzu ist der Fischereiaufseher zu einem Ortsaugenschein einzuladen. Die Abstimmung zur Detailplanung gilt insbesondere für:
- die Aufnahme/Inventarisierung der bestehenden, fischökologisch wertvollen Lebensraumstrukturen,
 - die Ausbildung eines fischökologisch funktionsfähigen Niederwassergerinnes (explizit auch für den unteren Projektabschnitt, welcher als verzweigtes Gerinne vorgesehen ist),
 - den Einbau von Strukturelementen zur Wahrung/Erhöhung der Wertigkeit des Gewässers als Fischlebensraum, sowie
 - die Abstimmung von Fischschutzmassnahmen.

4. Waldrechtliche Auflagen

- 4.1 Die Rodungsbewilligung ist bis am 31. Dezember 2032 befristet.

- 4.2 Die temporären Rodungsflächen von 19 905 m² (Strassenprojekt) und von 1426 m² (Revitalisierungsprojekt) sind nach Abschluss der Bauarbeiten, jedoch spätestens bis am 31. Dezember 2032, durch die Gesuchstellerin (Tiefbauamt) wiederherzustellen und mit standortgerechten Baum- und Straucharten aufzuforsten.
- 4.3 Der Rodungsersatz für die permanente Rodung von 5012 m² ist nach Abschluss der Bauarbeiten, jedoch spätestens bis zum 31. Dezember 2032, im Gebiet Chalchagn und Ariefa durch Instandsetzung zerfallener Trockensteinmauern zu leisten.
- 4.4 Zur Sicherstellung der gesetzlich verlangten Ersatzleistungen hat die Gesuchstellerin für das Strassenprojekt eine Leistungsverpflichtung im Betrag von 219 384 Franken (8 Franken/m² für temporäre und 12 Franken/m² für permanente Rodungen) und für das Revitalisierungsprojekt eine Leistungsverpflichtung im Betrag von 11 408 (8 Franken/m² für temporäre Rodungen) zu unterzeichnen.
- 4.5 Die Rodungsarbeiten sollen durch den Forstbetrieb Samedan/Pontresina ausgeführt werden.
- 4.6 Der an das Bauvorhaben angrenzende Waldbestand ist zu schonen.
- 4.7 Aushub- und Baumaterial, Gerätschaften sowie Baustelleninstallationen dürfen nicht im Waldareal deponiert resp. erstellt werden.
- 4.8 Die Ausführung/Bauleitung der Ersatzmassnahmen sprich die Instandstellung der Trockensteinmauern soll durch das Tiefbauamt erfolgen.
- 4.9 Die Rodungs-, Wiederherstellungs- und Ersatzleistungen haben unter Aufsicht und gemäss den Weisungen des zuständigen Regionalforstingenieurs zu erfolgen und sollen nach Möglichkeit durch den lokalen Forstdienst ausgeführt werden.

4.10 Nach Abschluss sämtlicher Arbeiten ist der Revierförster zu einer Abnahme einzuladen.

5. Technische Auflagen

5.1 Die armasuisse Immobilien ist über die Projektgenehmigung durch die Regierung umgehend in Kenntnis zu setzen (vgl. Erw. II/B/1).

5.2 Archäologische Funde und Befunde sind umgehend dem Archäologischen Dienst zu melden.

5.3 Die Bauleitung ist anzuweisen, den Zugang zu den Anlagen der Repower AG und insbesondere zum 20-kV-Schacht nördlich des Geräteraums während der Arbeiten und nach Abschluss der Arbeiten zu gewährleisten (vgl. Erw. II/C/2.1).

5.4 Das Tiefbauamt, Landerwerb, wird angewiesen, vor Beginn der Bauarbeiten beim zuständigen Regionalgericht die Sicherstellung gefährdeter Beweise gemäss Art. 158 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO; SR 272) zu beantragen (vgl. Erw. II/C/2.2).

5.5 Die Bauleitung ist anzuweisen, Wassertrübungen und insbesondere Geschiebetransport aus der Revitalisierungsbaustelle im Bereich Stauwehr Plattas möglichst zu vermeiden (vgl. Erw. II/C/2.3).

5.6 Die vorübergehend zu beanspruchenden RhB-Flächen sind durch geeignete Massnahmen vor Verdichtung und Verschmutzung zu schützen (vgl. Erw. II/C/3.1).

5.7 Es ist sicherzustellen, dass die temporär beanspruchten Grundflächen gemäss ihrem Ausgangszustand wiederhergestellt werden (vgl. Erw. II/C/3.1).

5.8 Die Begrünung hat mit standortgerechten, einheimischen Ansaaten zu erfolgen (z.B. Heusaat) (vgl. Erw. II/C/3.1).

- 5.9 Allfällige Bestockungen auf den temporär beanspruchten Flächen sind so zu wählen, dass das Lichtraumprofil der RhB auch in den Folgejahren nicht beeinträchtigt wird (vgl. Erw. II/C/3.1).
- 5.10 Beim Einsatz von Kranen, Hebezeugen oder Baumaschinen sind die in diesem Zusammenhang erforderlichen Sicherheitsauflagen sowie Sicherheitsabstände der RhB einzuhalten. Ebenso müssen Sicherheitsabstände zu spannungsführenden Teilen entsprechend eingehalten werden (vgl. Erw. II/C/3.2).
- 5.11 Die Schutzmassnahmen gegenüber den elektrischen RhB-Leitungen sind der RhB (netzleitstelle@rhb.ch) frühzeitig in Form eines Plans zuzustellen. Während der ganzen Zeit der Bauarbeiten ist ein Sicherheitschef vor Ort erforderlich. Für Arbeiten, die in einem kleineren Abstand als fünf Meter erfolgen (Spur Nord, Poschiavo – Pontresina), ist ebenfalls ein Sicherheitswärter erforderlich. Das Sicherheitsdispositiv ist mindestens 20 Arbeitstage vor Baubeginn zwingend mit dem zuständigen Bahndienst Bernina zu definieren (vgl. Erw. II/C/3.2).
- 5.12 Sollten während der Bauausführung beschädigte Leitungsrohre der RhB oder solche in einem sehr schlechten Zustand festgestellt werden, so sei dies dem zuständigen Bahndienst Bernina unverzüglich zu melden (vgl. Erw. II/C/3.3).

6. Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit

- 6.1 Die Bewilligung um Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h auf 60 km/h auf der Berninastrasse im Bereich Montebello wird erteilt.
- 6.2 Diese Massnahme tritt nach Ablauf der gesetzlichen Beschwerdefrist mit dem Aufstellen der entsprechenden Signalisation in Kraft.
- 6.3 Das Anbringen der Signalisation erfolgt im Einvernehmen mit der Kantonspolizei, Verkehrstechnik.
- 6.4 Das Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität wird angewiesen, zeitgleich mit Mitteilung des vorliegenden Beschlusses im Namen der Regierung

eine Publikation nach Art. 107 Abs. 1 lit. a der Signalisationsverordnung (SSV; SR 741.21) zu veranlassen.

B. Einspracheentscheide

1. Die Einsprache der **Swisscom (Schweiz) AG, Chur**, wird im Sinne der Erwägungen teilweise gutgeheissen. Kommt über den Kostenteiler der Leitungsverlegung keine Einigung zustande, wird die Einsprache diesbezüglich dem Tiefbauamt, Landerwerb, zur Bearbeitung überwiesen (vgl. Erw. II/C/1).
2. Die Einsprache der **Repower AG** wird im Sinne der Erwägungen gutgeheissen (vgl. Erw. II/C/2).
3. Die Einsprache der **Rhätischen Bahn AG (RhB)** wird im Sinne der Erwägungen teilweise gutgeheissen (vgl. Erw. II/C/3).
4. Die Einsprache der **Stiftung Pro Castellis, Bäch**, wird im Sinne der Erwägungen gutgeheissen (vgl. Erw. II/C/4).

C. Landerwerb/Enteignung

Mit der vorliegenden Projektgenehmigung gilt das Enteignungsrecht als erteilt (Art. 27 Abs. 2 StrG).

D. Projektkosten und Finanzierung

1. Gesamtkosten

Die Gesamtkosten des Auflageprojekts betragen rund 20,44 Mio. Franken (inkl. MWST; Preisbasis August 2023).

2. Kosten Strassenprojekt

Die Kosten für das Strassenprojekt in der Höhe von rund 19,835 Mio. Franken (inkl. MWST) werden genehmigt. Die Kosten werden entsprechend den im Kostenverteiler festgelegten Positionen auf die Gemeinde Pontresina, die Leitungseigentümer, die Rhätische Bahn AG (RhB) und den Kanton aufgeteilt.

Gesamtkosten Strassenprojekt		19 835 000 CHF
Gemeinde Pontresina	Inszenierung Montebellokurve	980 000 CHF
Repower AG	Erstellung Rohrblock	240 000 CHF
Swisscom*	Erstellung Rohrblock	140 000 CHF
armasuisse	Instandstellung Militärbrücke	290 000 CHF
RhB	Sicherheitsmassnahmen (50 %-Anteil)	
	<u>Erdverlegung Freileitung, Durchlässe</u>	<u>1 050 000 CHF</u>
Restkosten zu Lasten Kanton (Strassenrechnung)		17 135 000 CHF

*Beim Kostenanteil Swisscom ist die noch auszuhandelnde Vorteilsanrechnung gemäss Ziffer II/C/1 der Erwägungen nicht berücksichtigt.

3. Finanzierung Revitalisierungsprojekt

3.1 Teilabschnitt 1

Der Kantonsbeitrag nach Art. 37 Abs. 1 lit. a und d des Gesetzes über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden (KNHG; BR 496.000) für die Revitalisierung der Ova da Bernina im Teilabschnitt 1 in Höhe von maximal 121 900 Franken (32 Prozent der subventionsberechtigten Restkosten von 382 000 Franken) wird vorbehältlich der Kreditgenehmigung durch den Grossen Rat zugesichert. Der Kantonsbeitrag geht zulasten des Kontos 4260.562069.73.

Der Bundesbeitrag beläuft sich auf maximal 210 100 Franken und wird dem Konto 4260.572069.73 belastet.

Die Beiträge der Repower AG, Poschiavo, ecofondo Repower und die Hälfte der landschaftlichen Ersatzpflicht aus dem Strassenprojekt werden vom ANU vor Baubeginn den jeweiligen Stellen zugunsten des Teilabschnitts 1 direkt in Rechnung gestellt.

3.2 Teilabschnitt 2

Die Kosten für die Revitalisierung der Ova da Bernina im Teilabschnitt 2 in Höhe von 1,995 Mio. Franken gehen zu Lasten der Strassenrechnung.

E. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen seit dessen Mitteilung Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden, Obere Plessurstrasse 1, 7001 Chur, eingereicht werden. Die Beschwerde hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten. Der angefochtene Entscheid und allfällige Beweismittel sind beizulegen.

F. Mitteilung (unter Beilage des Beschlussprotokolls vom 20. Februar 2024):

- Stiftung Pro Castellis, Felix Nöthiger, Leiter historische Projekte, Seestrasse 31, 8806 Bäch (A-Post Plus)

Mitteilung (ohne Beilage):

- Gemeinde Pontresina, Gemeindeverwaltung, Via Maistra 133, 7504 Pontresina (A-Post Plus)
- Bürgergemeinde Pontresina, Via Maistra 133, 7504 Pontresina (A-Post Plus)
- Silvio Lenz und Monika Lenz-Graf, Via Somvih 47, 7523 Madulain (A-Post Plus)
- Swisscom (Schweiz) AG, Ringstrasse 32, 7000 Chur (A-Post Plus)
- Repower AG, Via da Clalt 12, 7742 Poschiavo (A-Post Plus)
- Rhätische Bahn AG, Bahnhofstrasse 25, 7001 Chur (A-Post Plus)
- armasuisse Immobilien, Guisanplatz 1, 3003 Bern
- Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- Amt für Landwirtschaft und Geoinformation
- Amt für Raumentwicklung
- Kantonspolizei
- Amt für Natur und Umwelt
- Archäologischer Dienst
- Denkmalpflege

- Amt für Energie und Verkehr
- Amt für Wald und Naturgefahren
- Amt für Jagd und Fischerei
- Tiefbauamt (fünffach, unter Beilage der Akten und Pläne)
- Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität



Namens der Regierung

Der Präsident:

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of a large, sweeping 'P' followed by 'arolini'.

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of a large, sweeping 'S' followed by 'padin'.

Daniel Spadin